

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am
21.06.2022

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Jansen, Franz-Michael

Kreistagsmitglieder:

Dahlmanns, Erwin

Dederichs, Hans-Josef

(als Vertreter für Horst, Ulrich)

Eßer, Herbert

Gassen, Guido

Kurth, Waltraud

Peters, Willi

Rütten, Wilhelm

(als Vertreter für Schiefer, Roland, Dr.)

Tabakman, Igor

(als Vertreter für Spenrath, Jürgen)

van den Dolder, Jörg

Vergossen, Heinz Theo

(als Vertreter für Schmitz, Josef)

Sachkundige Bürger:

Amels, Erik Jesse

(als Vertreter für Wagner, Klaus, Dr.)

Heuter, Hans-Josef

(als Vertreter für Schulze, Dirk)

Kassel, Stefan

Von der Verwaltung:

Dismon, Norbert

Friedsam, Elke

Lind, Reinhold

Staiger, Claudia

von der Loo, Sonja

Abwesend:

Der stellvertretende Vorsitzende:

Horst, Ulrich

Kreistagsmitglieder:

Schiefer, Roland, Dr.

Schmitz, Ferdinand, Dr.

Schmitz, Josef

Schulze, Dirk

Spenrath, Jürgen

Wagner, Klaus, Dr.

Beratende Mitglieder:

Krienke, Hans-Peter

Anfang: 18:30 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel versammelt sich heute im Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Selfkant, Am Rathaus 13, 52538 Selfkant-Tüddern, um über die nachfolgende Tagesordnung zu beraten.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.01.2022 zum Haushaltsentwurf 2022 betr. "Erhöhung Personalbedarf im Aufgabenbereich Klimaschutz" hier: Personalkonzept
2. Bericht der Verwaltung
3. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung:

4. Bericht der Verwaltung
5. Anfragen

Vor Beginn der Sitzung erfolgt im Rahmen einer Exkursion eine Besichtigung des renaturierten Teilstücks des Rodebachs zwischen Wehr und Tüddern. Vor Ort am Rodebach begrüßt Ausschussvorsitzender Jansen die Teilnehmer/innen. Frau Staiger und Herr Dismon berichten über die Umwandlung des kanalisierten und in Beton gefassten Rodebachs in ein naturnahes Gewässer und beantworten Fragen. Danach erfolgt die Weiterfahrt zum Rathaus Tüddern.

Im Sitzungssaal des Rathauses Tüddern begrüßt Ausschussvorsitzender Jansen die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung. Im Anschluss bedankt er sich herzlich bei Frau Staiger und Herrn Dismon für die Exkursion. Er lobt die sehr beeindruckende und gelungene Renaturierungsmaßnahme, die durch die Verwaltung durchgeführt und begleitet wurde, und bezeichnet diese Tatsache als große „Gewinnsituation“ für den Kreis Heinsberg. Er bedauert, dass keine Pressevertreter in der Sitzung anwesend sind.

Vor Eintritt in die Beratung stellt Ausschussvorsitzender Jansen die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest. Ergänzungen oder Änderungen der Tagesordnung werden seitens des Fachausschusses nicht gewünscht.

Danach erfolgt durch Ausschussvorsitzenden Jansen die Verpflichtung des stellvertretenden Ausschussmitglieds und sachkundigen Bürgers Hans-Josef Heuter für die neue Wahlperiode. Nach Durchführung der Verpflichtung unterzeichnet der Verpflichtete die vorbereitete Niederschrift. Die unterzeichnete Verpflichtungserklärung wird zu den Akten genommen.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.01.2022 zum Haushaltsentwurf 2022 betr. "Erhöhung Personalbedarf im Aufgabenbereich Klimaschutz" hier: Personalkonzept

Beratungsfolge:	
20.01.2022	Finanzausschuss
21.06.2022	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
30.08.2022	Kreisausschuss
13.09.2022	Kreistag

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 21.06.2022 als Anlage beigefügten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.01.2022 zum Haushaltsentwurf 2022 betr. „Erhöhung Personalbedarf im Aufgabenbereich Klimaschutz“ verwiesen.

Der o. a. Änderungsantrag wurde in der Sitzung des Finanzausschusses am 20.01.2022 zunächst zurückgezogen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel verwiesen.

Basierend auf den o. a. Antrag hat die Verwaltung ein Personalkonzept zum Themenschwerpunkt Klimaschutz erarbeitet.

In der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag wurde in der Sitzung des Finanzausschusses darauf hingewiesen, dass Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Klimafolgeanpassung als Querschnittsaufgaben im gesamten Haus bearbeitet werden. Ebenso verhält es sich mit dem Ende der Braunkohleverstromung und dem damit einhergehenden Strukturwandel.

Mit zahlreichen Aufgaben und Projekten sind Mitarbeiter zwar bereits betraut, aber in diesem Zusammenhang ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein Personalengpass bzw. Personalmangel gegeben. Im Bereich Mobilität, Klimaschutz und Strukturwandel bzw. Braunkohleausstieg seien exemplarisch Brückenprüfungen, Aufbau einer neuen Straßendatenbank, Planfeststellungsverfahren inkl. Klageverfahren, Prüfung von Netzschlüssen, Ausbau von PV-Anlagen auf den kreiseigenen Deponien, Antragstellung für DK0-Deponien, Baumpflanzungen, Gewässerrenaturierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung und zum Ausbau des ÖPNV/SPNV wie Schnellbusförderungen, Corona-Billigkeitsleistungen, der Lückenschluss Linnich-Baal, Machbarkeitsstudie Baal-Hückelhoven-Wassenberg, die Teilnahme am Fortschrittskolleg ACCESS!, Mobilitätshebung und Management, Erstellung des Nahverkehrsplans, der Ausbau barrierefreier Bushaltestellen, Ausbau der Gebäudeleittechnik, Energiesparmaßnahmen im Bereich der Lichttechnik etc. genannt. Weiterhin ergeben sich Beanspruchungen durch die aktuelle Regionalplanfortschreibung sowie die Realisierung des Industriegebiets Future Site InWest oder Projekte im Rahmen des Strukturwandels, die zum aktuellen Zeitpunkt schwerlich absehbar sind.

Aufgrund rechtlicher Neuerungen oder politischer Vorgaben ergeben sich immer wieder neue, teils personalintensive Aufgaben, auf die aus Sicht der Verwaltung reagiert werden muss und die Kapazitäten binden. Diese werden im Folgenden dargestellt, ohne die mannigfaltigen Pflichtaufgaben im Detail zu nennen.

Aufgaben/Projekte

Allgemeine Verwaltungstätigkeiten im Sachgebiet Planung, Mobilität und Klimaschutz

Fördermittelbeantragung und -abwicklung, allgemeine Haushaltsangelegenheiten, Anordnungswesen, Tätigkeit im Bereich der Plattform zur interaktiven Abgabe von Stellungnahmen (PIA), allgemeine Unterstützung und Vertretung etc. Dringender Unterstützungsbedarf wird auch bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen (z.B. Stadtradeln, Kreisklimakonferenz etc.) als auch bei Mobilitätsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrswende (diverse Machbarkeitsstudien z.B. Baal-Hückelhoven-Wassenberg, Förderung/Ausbau ÖPVN/SPNV, Umsetzung Lückenschluss Linnich-Baal) gesehen.

Notwendigkeit: dringend gegeben, da im Fachamt für diese Aufgabenbereiche keine reine Verwaltungsstelle vorhanden ist

Bearbeitung und Koordinierung von Klimaschutzmaßnahmen des Klimaschutzkonzeptes

Die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ist nach wie vor dezentral bei den jeweiligen Fachämtern angesiedelt. Für die Umsetzung des beschlossenen integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes ist die Klimaschutzmanagerin zuständig, die weiterhin Maßnahmen, teils auch mit den jeweiligen Fachämtern, umsetzt.

Notwendigkeit: politischer Wille aufgrund des Beschlusses des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes

Hydrogen-Hub Aachen/Regenerative Energien/Wasserstoff-Modellregion

Das Thema regenerative Energien (i.e.S. Wasserstoff) wird im Rahmen des Hydrogen-Hub Aachen bearbeitet. Hierbei handelt es sich um eine zusätzliche Aufgabe. Dieses Vorhaben gestaltet sich, nach einer anfänglich geplanten Laufzeit von einem Jahr (Stand Januar 2021), immer aufwendiger. Mittlerweile ist die Laufzeit des Vorhabens bis 2025 vorgesehen. Die IHK stellt sich personell stärker auf, was – nicht zuletzt durch die Fördermittelbeantragung und geplante Beauftragung eines Fachbüros zur Konzepterstellung - zu Mehrarbeit der beteiligten Projektpartner führt.

Weitere Vorhaben wurden in der Vergangenheit - bspw. erfolglos von dem Metropolregion Rheinland e.V. (s. H2City) - initiiert und aufgrund der Wichtigkeit des Themas auch von der WFG aufgegriffen (s. H2HS).

Vorbehaltlich der Beschlussfassung in der Sitzung des Kreistages am 14.06.2022 ist seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der WFG basierend auf dem Projekt „H2HS“ und unter Einbindung der in diesem Vorhaben gebündelten fachlichen Kompetenz ein Konzept für den Kreis Heinsberg als Wasserstoff-Modellregion zu erarbeiten.

Notwendigkeit: Vorgabe Verwaltungsleitung /politischer Wille

Touristische Radwege

Tätigkeit als AnsprechpartnerIn u.a. für Bürger und das Heinsberger Land mit Bezug auf touristische Radwege. Zudem Weiterentwicklung des touristischen Radwegenetzes inkl. Fördermittelbeantragung und -abwicklung sowie Nachsorge bereits durchgeführter Förderprojekte (velo+/West-Bike-Route und Raderlebnis RUR).

Notwendigkeit: freiwillig, dringend notwendig

Touristische Wanderwege

Laut Beschluss des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus vom 26.04.2021 sowie laut Beschluss des Kreisausschusses vom 08.06.2021 soll die kreisweite Einführung eines „Wanderknotenpunktsystems“ umgesetzt werden. Die Umsetzung des Projekts mit Fördermittelbeantragung wurde dem Amt für Umwelt und Verkehrsplanung (gemeinsam mit der WFG) übertragen. Fachlich ist das Amt für touristische Belange nicht aufgestellt.

Notwendigkeit: politischer Wille, dringend notwendig

Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V. (AGFS)

Der Beitritt zur AGFS erfolgte auf politischen Beschluss. In den kommenden 7 Jahren der Mitgliedschaft hat der Kreis Heinsberg die Aufgabe, Maßnahmen zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs durchzuführen. Weiterhin bedeutet dies Mitarbeit in den Gremien der AGFS, zudem Weiterentwicklung rad- und fußgängerrelevanter Themen, auch zusammen mit den kreisangehörigen Kommunen. Maßnahmen sind bspw. die Etablierung einer Arbeitsgruppe (bestehend aus kommunalen Vertretern, ADFC, Polizei etc.), Fördermittelbeantragung etc.

Notwendigkeit: Beitritt erfolgte auf politischen Beschluss, Bestandteil des beschlossenen integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes

Gesamtregionales Radverkehrsrevier (Umsetzung gesamtregionales Radverkehrskonzept)

Das vorliegende gesamtregionale Radverkehrskonzept wurde bislang seitens des Kreises Heinsberg mit vorhandenem Personal betreut und erarbeitet. Die nun geplante Umsetzung, i.e.S. die personelle Betreuung der Weiterführung des Strukturwandelprojekts (ggf. mit Förderung), Machbarkeitsstudien zu Radschnellwegverbindungen, notwendiger Grunderwerb, Abstimmung mit kreisangehörigen Kommunen, benachbarten Gebietskörperschaften sowie dem Zweckverband Tagebaufolgelandschaft, Fördermittelbeantragung und Abwicklung, benötigt entsprechend zusätzliches Personal.

Notwendigkeit: dringend notwendig, politischer Wille

Verkehrsentwicklungskonzept/kreiseigenes Radwegekonzept überarbeiten

Das Verkehrsentwicklungskonzept inkl. des kreiseigenen Radwegekonzeptes wurde zuletzt im Jahr 2010 aktualisiert. Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und des Strukturwandels ist eine Überarbeitung, auch im Hinblick auf Hauptradrouten, dringend notwendig. Basis kann u.a. das Gesamtregionale Radverkehrskonzept sein.

Laut § 49 des Straßen- und Wegegesetz NRW sollen die Kreise darauf hinwirken, dass ein zusammenhängendes überörtliches Netz für den Radverkehr geschaffen wird. Nach dem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz NRW (FaNaG) sollen die Gemeindeverbände (i.d.R. Kreise) ein untereinander und mit den weiteren Baulastträgern abgestimmtes zusammenhängendes überörtliches Radverkehrsnetz schaffen.

Notwendigkeit: dringend notwendig, gesetzlich vorgeschrieben

Mobilitätskonzept (mittel- bis langfristig)

Erstellung eines kreisweiten Konzeptes unter Berücksichtigung von Radwegen, Kreisstraßen, ÖPNV, Fahrradverleihsystem, Mobilitätshubs, Nahverkehrsplan etc. und unter Berücksichtigung bereits bestehender aktueller Konzepte - auch in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Notwendigkeit: freiwillig

Radwegenetz (untergeordnet Fußwegenetz) pflegen und ertüchtigen

Der sinnvolle und politisch gewollte Ausbau des Radwegenetzes bedeutet gleichzeitig auch einen Mehraufwand bei der Pflege eben dieser Wege.

Notwendigkeit: dringende Notwendigkeit

Grunderwerb

Bzgl. eines strukturierten Grunderwerbs wird dringender Unterstützungsbedarf gesehen, sei es für die untere Naturschutzbehörde, die untere Wasserbehörde oder den Straßenbaulastträger für die Kreisstraßen. Aktuell wird diese wichtige Tätigkeit „nebenbei“ erfüllt. Während die Grundstückssuche für das Amt für Gebäudewirtschaft eher eine temporäre Aufgabe ist, ist dies für das Amt für Umwelt und Verkehrsplanung eine dauerhafte Aufgabe. Unterstützung in diesem Bereich bedeutet, klimaschutzrelevante Projekte schneller zum Abschluss zu bringen. Das „Aufgabenfeld Grunderwerb“ soll zukünftig zentral an einer Stelle wahrgenommen werden.

Notwendigkeit: dringende Notwendigkeit

Begleitung energieautarker Baugebiete

Aktuell sowie zukünftig werden durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden neue Baugebiete verstärkt energieautark geplant werden, bspw. mittels Geothermie. Damit werden quantitativ wie qualitativ neue Anforderungen an den Kreis Heinsberg als Träger öffentlicher Belange bzw. an die zuständige untere Wasser- sowie untere Bodenschutzbehörde als beratende und begleitende Fachbehörden gestellt.

Ähnlich verhält es sich bei der Folgenutzung von Abgrabungsseen als Photovoltaikstandorte. Zusätzlich sind hier die untere Naturschutzbehörde als auch die Abgrabungsbehörde betroffen. Erste Anträge wurden in jüngster Vergangenheit gestellt, es ist auch hier zu erwarten, dass entsprechende Anträge in naher Zukunft häufiger gestellt werden.

Notwendigkeit: dringend notwendig

Neue Ersatzbaustoffverordnung sowie Bundesbodenschutzverordnung

Eine neue Ersatzbaustoffverordnung sowie eine neue Bundesbodenschutzverordnung werden ab 2023 zusätzliche Anforderungen an Boden- und Stoffmanagement stellen und beziehen sich somit auf Abfallvermeidung bzw. auf Kreislaufbewirtschaftung. Die Standortüberprüfungen dieser zum Teil anzeigepflichtigen Verfahren werden laut Verordnungstext durch die untere Umweltschutzbehörde erfolgen müssen. Zudem sind umfangreiche Daten, u.a. im Rahmen eines Monitorings, zu erfassen und übergeordneten Behörden zu übermitteln.

Notwendigkeit: dringend notwendig, gesetzlich vorgeschrieben

Braunkohleausstieg

Aufgrund des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung, insbes. durch den beschleunigten Ausstieg, und der sich daraus ergebenden ökologischen, geologischen und hydrogeologischen Fragestellungen (Grundwasser, Trinkwasserversorgung, Pyritproblematik etc.) ist eine umfangreiche fachliche Begleitung durch die betroffenen Behörden des Kreises Heinsberg notwendig.

Notwendigkeit: dringend notwendig

Landschaftspflege von Ausgleichsflächen sowie Grünflächenpflege an den Liegenschaften des Kreises

Mehr Flächen im Eigenbestand der Kreisverwaltung Heinsberg, bspw. aufgrund der Verwendung von Ersatzgeldern als Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe in Natur und Landschaft, aber auch die intensiven Bemühungen der Flächenentsiegelung sowie die naturschutzrechtliche Aufwertung der Grünflächen an den kreiseigenen Liegenschaften bedeuten einen höheren Unterhaltungs- und Pflegeaufwand. Hier ist Fachpersonal neu einzustellen, welches dem Kreisbauhof zugewiesen werden soll. Außerdem wird eine Aufrüstung des Maschinenparks notwendig.

Notwendigkeit: dringende Notwendigkeit

Ausbau der Gebäudetechnik und Umsetzung erforderlicher Energiesparmaßnahmen

Die Personalaufstockung im Bereich des Elektrotrupps dient dem Ausbau der Gebäudeleittechnik und der Umsetzung geplanter Energiesparmaßnahmen im Bereich der Lichttechnik. Ein großes Einsparpotenzial im Bereich des Primärenergiebedarfs ist in der nutzerunabhängigen Regelung der Energieverbräuche vorhanden. Automatisierte Regelungen für Heizung und elektrische Verbraucher erfordern eine ständige Betreuung und Fortschreibung der installierten Gebäudeleittechnik. Eine weitere große Aufgabe der kommenden Jahre ist die Umstellung der Beleuchtung innerhalb aller Liegenschaften auf LED-Technik sowie die Betreuung der aktuell im Aufbau befindlichen Digitalisierung der Schulen.

Notwendigkeit: dringende Notwendigkeit

Zusätzlicher Bedarf:

2023

- Bauingenieur
- Geologie
- Gartenbaumeister
- Auszubildener im Gartenbau
- Elektriker

Sofort

- 1 zusätzliche Verwaltungsfachkraft

Das Konzept hat eine positive Klimarelevanz, da das benötigte Personal Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz sowie nachhaltige Mobilität unterstützen soll.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel nimmt das vorstehende Personalkonzept zur Kenntnis. Gleichzeitig empfiehlt der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel dem Kreisausschuss und Kreistag, den Stellenbedarf im Rahmen der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2023 in den Stellenplan aufzunehmen. Der Verwaltung wird die Legitimation erteilt, vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung, die erforderlichen Ausschreibungen zu initiieren.

In der Sitzung erteilt Ausschussvorsitzender Jansen zunächst Dezernent Lind das Wort. Dezernent Lind berichtet, dass die Verwaltung ein Konzept mit der Zielsetzung erarbeitet hat, sich zukunftsfähig bezüglich der Themenfelder Klimaschutz und Nachhaltigkeit aufzustellen. Klimaschutz sei eine zentrale Aufgabe der Gesamtverwaltung, die in verschiedenen Ämtern der Verwaltung mit unterschiedlichem personellen Aufwand wahrgenommen werde. In diesem Zusammenhang sei – unabhängig von neuen Aufgabenstellungen aufgrund geänderter gesetzlicher Vorschriften – zu erwähnen, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt Personalengpässe bzw. Personalmangel gegeben seien. Der Verwaltung sei wichtig, dass ein zukunftsgerichteter Aufbruch vorgenommen wird und die Thematiken ernst genommen werden, um den aktuellen Herausforderungen und Aufgabenstellungen aufgrund des weltpolitischen Wandels und der globalen Entwicklungen gerecht zu werden. Um die Vorschläge mit „Leben zu erfüllen“ wird eine entsprechende und solide Personalausstattung benötigt. Daher besteht dringender und akuter Handlungsbedarf.

In der anschließenden Diskussion stellt Ausschussmitglied Dahlmans einen Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung in die nächste Ausschusssitzung und begründet dies mit einem weitergehenden Beratungsbedarf der CDU-Fraktion in der Angelegenheit. Der Vorschlag der Verwaltung geht weit über den ursprünglichen Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinaus und es handelt sich um eine grundsätzliche Angelegenheit. Er wundert sich, dass die Vorlage nicht vorab von der Verwaltung den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde. Da im Erläuterungstext ein breites Spektrum an Themen komprimiert aufgestellt ist, eignet sich dieser Text gut als Arbeitsvorlage und als Diskussionsgrundlage. Allerdings sollte die Verwaltung die einzelnen Themen- und Aufgabenbereiche detailliert aufarbeiten und auch darlegen, ob nicht in einigen Bereichen die Möglichkeit der Fremdvergabe besteht. Ausschussmitglied van den Dolder bedankt sich bei der Verwaltung für das ausführliche Konzept und weist darauf hin, dass der Personalbedarf im Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht unterschätzt war. Er unterstützt das Konzept der Verwaltung. Wenn die Aufgaben nicht nur nebenbei erledigt werden sollen, dann muss auch entsprechendes Personal eingestellt werden. Für ihn ist allerdings nicht schlüssig dargestellt, in welchen Bereichen die zusätzliche Verwaltungskraft angesiedelt werden soll. Dezernent Lind teilt mit, dass die zusätzliche Verwaltungskraft in unterschiedlichsten Bereichen für verschiedene Projekte, aber auch Daueraufgaben eingesetzt werden soll. Exemplarisch nennt er hierzu einige Tätigkeitsbereiche bzw. Aufgabenstellungen für die in Rede stehende Verwaltungskraft. Ausschussmitglied Peters zeigt sich überrascht über den noch bestehenden Beratungsbedarf der CDU-Kreistagsfraktion. Er teilt mit, dass man die Diskussion nicht weiter vertiefen sollte, sondern bei der nächsten Sitzung mit mehr Hintergrundwissen zu einer Entscheidung kommen sollte. Stellv. Ausschussmitglied Amels berichtet, dass die Angelegenheit im Vorfeld mit der FDP-Fraktion besprochen wurde. Hilfreich für die Entscheidungsfindung wären detailliertere Angaben zum Einsatz des Personals und zu den finanziellen Auswirkungen. Außerdem sollte die Verwaltung darlegen, welche Bereiche extern beauftragt werden könnten. Auch stellv. Ausschussmitglied Dederichs erbittet weitere Angaben darüber, wo die Stellen genau angesiedelt sind und welche Ämter mit den Aufgaben befasst sind. Er hält allerdings eine Diskussion über externe Vergaben für entbehrlich, da eine gut aufgestellte Verwaltung und gut ausgebildetes Personal die Aufgaben selbst erledigen können. Ausschussvorsitzender Jansen schließt die Diskussion ab und lässt die Ausschussmitglieder über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Vertagung abstimmen.

Dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Vertagung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel wird mit 11 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen (SPD und Freie Wähler) zugestimmt.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Bericht der Verwaltung

Dezernent Lind berichtet dem Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel in der öffentlichen Sitzung zu nachfolgendem Punkt:

Raumstrategie Rheinisches Revier 2038+

Vor dem Hintergrund des anstehenden Strukturwandels erarbeitet die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) unter dem Revierknoten „Raum“ eine „Raumstrategie Rheinisches Revier 2038+“. Hierfür wurden seitens der ZRR u. a. drei Fachbüros beauftragt, die unterschiedliche Aspekte bei der künftigen räumlichen Entwicklung des Raumes im Fokus haben. Bestehende Potenziale sollen gebündelt und in ein konsensfähiges Raumbild überführt werden. Am 11. März wurden die Endergebnisse dieser Mehrfachbeauftragung im Rahmen einer hybriden Veranstaltung vorgestellt. Hieraus soll im weiteren Prozess eine Raumstrategie entstehen. Im Rahmen sog. Kommunaldialoge wurden den Gebietskörperschaften die drei Konzepte vorgestellt und miteinander besprochen. Der Kreis Heinsberg war, gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen, ebenfalls zu einem Kommunaldialog eingeladen. Zudem fand eine Workshopreihe zu unterschiedlichen Themen statt.

Akteure und Bürger können sich ebenfalls in den Prozess einbringen. Weitere Informationen finden sich im Internet unter <https://www.raum-strategie.de/aktuelles/ergebnispraesentation-mehrfachbeauftragung> als auch unter www.raum-labor.de. Dort können zudem Kommentare und Anregungen abgegeben werden.

Außerdem ist eine Pressemitteilung in Vorbereitung, um die Bürgerinnen und Bürger mit einzubinden.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3:

Anfragen

Für die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel liegen keine Anfragen gemäß § 12 der Geschäftsordnung vor.

Franz-Michael Jansen
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt, Klima, Verkehr
und Strukturwandel

Sonja von der Loo
Schriftführerin